Preis der Einzelnummer 5 Grusch

Bezugspreis
Inland: 1 Monat 1.75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T.Pfd., 6 Monate 8.50 T.Pfd., 12 Monate 15.- T. Pfd. Ausland: 1 Monat 5.- R.-Mark, 3 Monate 13.- R.-Mark 6 Monate 25.- R.-Mark oder Gegenwert Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3 Seite 60 ---- Grusch, 4 Seite 30 Grusch. ---- (Inlandspreise)

Geschaeftsleitung: Schischhane-Karakol Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus.

Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

شمسه‌سی ٥ غروش
آبونه
داخل ایچون : ... ٤٫٧٥ لیره
خارج ایچون : ... ١٣ مارك
اعلانات
... ٧٥
... ٣٠ غروش
... ١٧٢٣
... ٢٦٩

3. JAHRGANG NO 83 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Konstantinopel, Freitag, 23. März 1928

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagesspiegel.

اسپانیانك تكراراً جمعیت اقوامه قبول تقرر ایتمشدر .
ژاپونیاده ١٠٠٠ كمونیستدن فضله اوموتیست دوست ایدلمشدر .
برتان — رومانیا اتلافنامه‌سی امضا ایدلمشدر .
مكسیقاده حركت ارض .

Spaniens Wiedereintritt in den Völkerbund wurde beschlossen.

Ueber 1000 Kommunistenverhaftungen werden aus Japan gemeldet.

In Genf wurde ein griechisch-rumänischer Freundschaftsvertrag unterzeichnet.

Aus Mexiko werden Erdbeben gemeldet.

„Mitteleuropäisches Locarno."

Beneschs Wünsche.

(Von unserem Berichterstatter.)

T Prag, Mitte März.

In den letzten Jahren haben sich die leitenden Persönlichkeiten der Kleinen Entente davon zu überzeugen vermocht, dass der Zweck dieses Staatenbundes in der Retorte der Praxis sich sehr rasch verflüchtigt. Die Kleine Entente wurde seinerzeit gegründet mit einer deutlichen Spitze gegen Ungarn, sie war somit eine Garantieversicherung der kleinen Mächte Mitteleuropas und des Balkans für die Beständigkeit der durch die Friedensverträge geschaffenen Lage unter besonderer Berücksichtigung der neuen Grenzen der Nationen der Kleinen Entente. Wenn in den verschiedenen Hauptstädten dieses Staatenbundes in den letzten Monaten noch irgend etwas von Optimismus über eine günstige Auswirkung einer gemeinsamen Politik der Kleinen Entente vorhanden war, so hat sicherlich der Verlauf der letzten Genfer Ratstagung mit diesen Hoffnungen gründlich aufgeräumt. Die Lenker der Kleinen Entente mussten zur Kenntnis nehmen, dass die geschlossene Front der Siegergrossmächte, die bisher die grosse und starke Rückendeckung der Kleinen Entente war, nicht mehr bestand. Italien nahm sich bei der Behandlung der Investigationsfrage sichtlich der Interessen Ungarns an, England verhielt sich zurückhaltend, wenn es auch durch den Mund Chamberlains gewisse Sympathien für Ungarn verdeutlichen liess. Allein Frankreich blieb den politischen Gedankengängen der Kleinen Entente treu, was aber nicht verhindern konnte, dass die Auseinandersetzungen um die St. Gotthard-Affäre ein Ende nahmen, das nur zu einem ganz geringen Teil den Wünschen der Kleinen Entente insbesondere der Tschechoslowakei entsprach.

Vermutlich haben gerade die Erkenntnisse, die Herr Benesch aus Genf mitbrachte, dazu beigetragen, dass man sich jetzt in offiziellen politischen Kreisen Prags mit Plänen befasst, die etwas Neues anstelle dieser sich als unwirksam erwiesenen Kleinen Entente setzen möchten. Der tschechoslowakische Aussenminister Benesch hat es bei diesem Plänemachen allein nicht belassen. So viel zu erfahren war, hat er die Anwesenheit des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel in Prag dazu verwandt, Oesterreich offiziell von den Absichten, die man in Prag recht ernsthaft erwägt, in Kenntnis zu setzen. Diese Absichten laufen darauf hinaus, ein neues Gruppenbündnis nach dem Vorbilde Locarnos zu bilden, und zwar ein Bündnis, das zunächst einmal die Staaten der Tschechoslowakei, Oesterreichs und Ungarns zusammenfassen soll. Man erwägt in Prag auch den Gedanken, dieses neue « mitteleuropäische Locarno », wenn es sich verwirklichen lassen sollte, auf andere Staaten, so Rumänien und Südslawien auszudehnen. Da man in den Kreisen der Prager Regierung sehr genau weiss, dass solchen Plänen im Augenblick das ungarische Missvergnügen über die sinnlose Grenzziehung im Süden ein unüberwindliches Hindernis bereitet, so will sich Benesch unter Umständen mit einer Grenzregulierung in der Slowakei zugunsten Ungarns zufrieden geben. In dieser Prager Kombination spielt die Persönlichkeit des österreichischen Bundeskanzlers eine wichtige Rolle. Offenbar beabsichtigt Benesch ihm die Funktion eines Vermittlers zwischen den Absichten der Tschechoslowakei und den Forderungen Ungarns zuzuschieben. Es bleibt aber wohl zweifelhaft, ob Ungarn sich angesichts der grossen und tiefen Misstimmung über die Grenzziehung mit einigen kleinen Zugeständnissen Prags zufrieden geben wird. Die Forderungen der ungarischen Regierung in diesem Punkt sind sehr weitgehend, und zwar so weitgehend, dass es völlig ausgeschlossen ist, dass Prag jemals ihnen stattgeben könnte.

Die Reise des Gasi.

Angora, 22. März.

10 Tage nach dem Bairam wird der Gasi die geplante Reise antreten. Er wird sich zuerst nach Konia begeben und nach einigen Tagen Aufenthalt nach Adana weiterfahren.

Eine neue Unterschlagung?

Dschelal Schefket Bej, ein Depotbeamter des Zucker- und Petrolmonopols in Fener hatte in den letzten Tagen seinen Pass fertigmachen lassen, um eine Reise nach Dänemark zu unternehmen. Bei der Kontrolle des Warenbestandes wurde festgestellt, dass von den 10.000 Säcken Zucker die sich buchmässig im Lager hätten befinden müssen, 400 Säcke fehlten. Der Monopoldirektor, Lutfi Bej, erklärte Pressevertretern gegenüber, dass Dschelal Schefket Bej vor der Kontrolle des Lagerbestandes seinem Pass habe fertigmachen lassen und unmittelbar nach der Aufhebung der Unregelmässigkeit abgereist sei.

Es besteht noch die Möglichkeit, dass sich die Kontrollkommission bei der Kontrolle verzählt hat. Die Kontrolle wird daher nochmals vorgenommen werden.

Dschelal Schefket Bej ist ein Verwandter des Monopoldirektors Lutfi Bej.

Der türkische Gesandte in Wien.

Angora, 22. März.

Hamdi Bej der türkische Gesandte in Wien der einige Tage sich hier aufhielt, wird Sonnabend nach Konstantinopel reisen und nach zweitätigem Aufenthalt sich wieder nach Wien begeben.

Tewfik Rüschdi Bej und Michalakopulos.

(Eigener Dienst der Türkischen Post)

Φ Athen, 22. März.

Der griechische Aussenminister Michalakopulos wird in der Schweiz mit dem dort gleichfalls weilenden türkischen Aussenminister zusammentreffen, um die zwischen Griechenland und der Türkei schwebenden Streitfragen zu regeln. Die griechische Presse, die in diesen Fragen bisher eine gewisse Angriffslust gegenüber der Türkei zeigte, scheint auf einen Wink von oben hin diese Polemik eingeschränkt zu haben.

Athen, 22. März.

Heute wird ein Zusammentreffen des griechischen Aussenministers Michalakopulos und Tewfik Rüschdi Bey in Genf stattfinden. Die Minister werden die Regelung der Besitztümerfrage in der Türkei der geflüchteten Griechen besprechen.

Eine Anfrage über Persien im Unterhause.

London, 22. März. (A. A.)

Sir Austen Chamberlain erklärte im Unterhause, dass noch keine der bestehenden anglo-persischen Fragen einer Lösung zugeführt werden konnte und, dass er für den Augenblick auch keine Auskunft über den Stand der Frage der Flugbewilligung Irak-Indien geben könne.

Beruhigung im Indischen Parlament.

Neu-Delhi, 22. März.

Das Gesetz über die Territorialtruppen gelangte in der gesetzgebenden Versammlung im Zeichen allgemeiner Beruhigung und gegenseitigen Verständnisses zur Annahme.

Der Prinz von Wales beim Rennen gestürzt.

Berlin, 22. März.

Einer Meldung aus London zufolge stürzte der englische Tronfolger bei einem Jagdrennen; er musste im Auto fortgebracht werden, soll jedoch unverletzt sein.

Neue Kampfvorbereitungen in Irland?

Berlin, 22. März.

Londoner Meldungen zufolge deckte die Polizei eine Verschwörung von Anhängern De Valeras auf, die von London aus einen schwunghaften Waffenschmuggel nach Irland betrieben.

Dürervortrag in London.

Berlin, 21. März.

Unter dem Vorsitze des deutschen Botschafters fand Dienstag im «Kingscollege» eine Vorlesung statt, in der Campbell über Albrecht Dürer sprach.

Von der Abrüstungs-Konferenz.

Für und wider den russischen Vorschlag.

Litwinowffs Antwort.

Genf, 22, März.

Vor vollbesetztem Hause entgegnete heute nachmittag Litwinoff auf die Kritiken des russischen Vorschlages. Sich in seiner Einleitung an Lord Gushendun wendend, betonte er England habe kein Recht, hinter den russischen Vorschlägen versteckte Absichten zu wittern; seit dem 10-jährigen Bestehen der Sowjetunion habe Russland weder einen Krieg erklärt, noch sei es bei einem Nachbarn eingefallen.

Weiter fragt Litwinoff, ob Englands Stellung zu der Abrüstungsfrage immer aufrichtig gewesen sei. Er betonte, dass Russland, wenn es sich mit einer Beteiligung an den Beratungen einverstanden erklärt hat, sich nur zur Anerkennung jener Bestimmungen verpflichtet fühle, die es aus freien Stücken unterzeichnet. Er wirft England vor, eine Politik der gewaltsamen Interventionen zu betreiben. Wenn der russische Vorschlag mit den Statuten des Völkerbundes in Widerspruch sei, so stehe kein Hindernis im Wege, die dem Pakte widersprechenden Punkte einfach aus der Welt zu schaffen.

Litwinoff beendet seine Rede mit der Erklärung, die russische Delegation sei bereit, die näheren Einzelheiten des Projektes darzulegen, wenn die Kommission sich im Prinzip für eine sofortige und vollständige Abrüstung ausspricht.

Hierauf ergreift der französische Delegierte das Wort und bemerkt, dass die erdrückende Mehrheit der Versammlung den russischen Vorschlag missbillige. Er bedauert die Angriffe gegen England und den Völkerbund und erklärt, Frankreich hasse den Krieg, alle Kriege im allgemeinen und den Bürgerkrieg im besonderen. Er spricht seine Genugtuung darüber aus, dass die Kommission an eine Art Gewissenserforschung gehen konnte und ist der festen Ueberzeugung, dass sie in allernächster Zeit das vorgenommene Ziel erreichen wird, wenn sie im Sinne der bisherigen Beratungslinie fortfährt.

Morgen wird sich die Kommission über den Debattenschluss betreffend den russischen Vorschlag entscheiden.

Wegen des Bairam-Festes wird unser Blatt morgen nicht erscheinen.

Spanien bleibt im Völkerbund.

Berlin, 22. März.

Einer Pariser Meldung zufolge soll Spanien die Einladung des Völkerbundes, diesem wieder beizutreten, angenommen haben.

Berlin, 22. März.

Die Madrider Regierung liess das Völkerbundssekretariat wissen, dass die Antwortnote Spaniens vom Könige Freitag unterzeichnet werden wird.

Berlin, 23. März.

Die spanische Regierung antwortete dem Völkerbundsrat, in einem Schreiben, dass sie der Aufforderung auf Verbleiben im Völkerbund nachkomme.

Der griechisch-rumänische Schiedsvertrag unterzeichnet.

Berlin, 22. März.

Vergangene Nacht unterzeichneten Titulescu und Michalakopulos in Genf den Nichtangriffs- und Schiedsvertrag zwischen Griechenland und Rumänien.

Athen, 22, März (A.A.)

Durch folgendes Telegramm an den Ministerpräsidenten Saïmis gibt Michalakopulos die Unterzeichnung des Nichtangriffs- und Schiedsgerichtsvertrages zwischen Griechenland und Rumänien bekannt.

«Ich fühle mich glücklich, Ihnen mitteilen zu können, dass ich heute mit dem Rumänischen Aussenminister einen politischen Nichtangriffs- und Schiedsgerichtsvertrag unterzeichnet habe.

Ich bin der Ansicht, dass dieser gegenseitige, im Sinne der Völkerbundspakte geschlossene Vertrag einen gelungenen Anfang der Anwendung der Prinzipien bedeutet, auf denen in ständig steigendem Masse der Frieden beruht.

Ich hoffe und wünsche, dass der unterzeichnete Vertrag auf feierleiche Weise die wolkenlose, traditionelle Freundschaft der beiden Völker noch fester binden werde, und dass durch diesen Pakt ein nachahmenswertes Beispiel für andere Verträge gegeben wurde, die im Dienste der allgemeinen Friedensstiftung auf dem Balkan und den Mittelmeerländern ein Beitrag sein solle zur Linderung der Wunden aus dem Weltkriege.

Ich möchte hinzufügen, dass Einstimmigkeit aller unserer politischen Parteien auf dem Gebiete der Aussenpolitik den Abschluss des Vertrages bedeutend erleichtert hat.»

Die Zeitungen melden, dass die Kunde vom Vertragsabschluss in allen Athener politischen Kreisen mit grosser Befriedigung als ein Ereignis aufgenommen wurde, das wesentlich zur Zusammenarbeit der Balkanstaaten beitragen werde.

Aus Deutschland.

Staatliche Finanzierung der Wahlen?

Berlin, 22. März

Bei einer Veranstaltung des Berliner Verbandes der deutschen auswärtigen Presse sprach Stresemann über Presse und Staat; auf die bevorstehenden Reichstagswahlen hinweisend, schlug er vor, man solle den Wahlkampf auf ein Zeitminimum beschränken, um die Ausschreitungen von Demagogie und Parteihass möglichst zu verhindern.

Weiter machte er den Vorschlag, den Parteien die Kosten für den Wahlkampf nach Massgabe der erhaltenen Stimmen nachträglich zu ersetzen, um sie auf diese Weise von jedem Einflusse des Kapitals freizuhalten.

Vom Reichstag.

Berlin, 22. März.

Der Reichstag ratifizierte heute das Luftverkehrsabkommen mit Spanien, stimmte den deutsch-französischen Vereinbarungen über den Warenaustausch zwischen Saargebiet und deutschem Zollgebiete zu und billigte die Entschliessung des Aussenausschusses, gegen das tschechoslowakische Abwertungsgesetz der alten Silber- und Goldmarkprioritäten die deutschen Rechte wahrzunehmen.

Weiter verabschiedete der Reichstag die Vorlage, laut der das zollfreie Einfuhrkontingent für Gefrierfleisch von 120.000 Tonnen auf 50.000 herabgesetzt wird.

Todesfall in der französischen Botschaft.

Berlin, 22. März.

Frau von Margerie, die talentiere und beliebte Gattin des französischen Botschafters in Berlin verschied plötzlich heute nachmittag.

Die Völkerbund und die Kölner Presseausstellung.

Berlin, 22. März.

Das Sekretariat des Völkerbundes beschloss die Beteiligung des Völkerbundes an der diesjährigen Presseausstellung in Köln.

Das Ergebnis des Pressa-Preisausschreibens.

Auf das von der Internationalen Presseausstellung Köln 1928 vor längerer Zeit erlassene Preisausschreiben zur Erlangung eines Presse-Sketchs «Eine Stunde Tageszeitung» waren z. T. sehr umfangreiche Arbeiten eingegangen. Nach Ansicht des Preisrichterkollegiums, das am 14. März zur letzten Entscheidung zusammentrat, befand sich unter den eingesandten Arbeiten zwar ausserordentlich interessantes Material, jedoch war nach seiner Ansicht keine Arbeit so beschaffen, dass sie in jeder Beziehung den gestellten Anforderungen entsprach und sich zur Aufführung eignete. Infolgedessen musste das Preisrichterkollegium gemäss § 5 der Bedingungen des Preisausschreibens davon absehen, die ausgesetzten Preise in der vorgesehenen Form zu verteilen. Man beschloss jedoch, eine grössere Anzahl der Arbeiten entsprechend den Bedingungen des Preisausschreibens anzukaufen.

Politische Wochenschau.

Konstantinopel, 22 März.

An der fünften Tagung der Vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz beteiligen sich 24 Nationen, von denen drei nicht Mitglieder des Völkerbunds sind: die U.S.A., Sowjetrussland und die Türken. In Erwartung der türkischen Delegation sind die Arbeiten der Kommission ein wenig verzögert worden, aber man wollte auch die Ankunft der beiden amerikanischen Admirale abwarten, die im letzten Moment dem amerikanischen Gesandten in Bern, Mr. Gibson, der die U.S.A. in der Kommission vertritt, beigegeben worden sind. Beide Admirale gelten für grosse Fachautoritäten und einer von ihnen, Hilary Jones, war ein hervorragendes Mitglied der letzten Marinekonferenz hat aber bis jetzt nie an den Sitzungen der Vorbereitenden Abrüstungskommission teilgenommen. Es wird daher viel von möglichen Ueberraschungen gesprochen, die Kellogg vorbereitet haben soll, aber das Wahrscheinlichere wird wohl sein, dass die amerikanischen Admirale etwas mit den Engländern und Japanern, und vielleicht auch mit den Franzosen und den Italienern zu besprechen haben. Dabei werden wohl die neuesten Projekte hinsichtlich der Rüstungen zur See ein interessantes Thema bilden. Im Allgemeinen wird angenommen, dass die Tagung der Kommission länger dauern wird, als man dachte und dass sie sich möglicherweise bis zum Ende des Monats hinziehen wird. Hinsichtlich ihrer wahrscheinlichen Resultate ist die Meinung recht einheitlich. Selbst solche, dem Völkerbund loyal ergebene Organe, wie die «Gazette de Lausanne» sind rebellisch geworden und ergehen sich in spitzigen Bemerkungen. Die Vorgänge und Verhandlungen in der Kommission haben sie plötzlich an eine Erzählung von Alphonse Daudet erinnert. Der Ort der Begebenheit ist natürlich Tarascon. Es ist das Jahr 1870 und man gibt einen feierlichen « Abschiedspunsch» für die Milizen, die in den Krieg gehen sollen.

Aber, bemerkt Daudet, Jeder wusste, was er von diesem Abschiedspunsch zu halten hatte. Die Nationalgardisten, die den Punsch bezahlten, hatten die feste Ueberzeugung, dass ihre Kameraden nicht in den Krieg ziehen würden. Diejenigen, die den Punsch tranken, hatten ebenfalls diese Ueberzeugung. Und der brave Gehilfe des Bürgermeisters, der mit Tränen in der Stimme schwor, dass er selbst an der Spitze dieser Tapferen marschieren würde, wusste am besten, dass überhaupt nicht marschiert werden würde. Das Erstaunlichste bei der Sache war, dass alle, die beim Punsch zugegen waren und sich schliesslich in der grössten Rührung umarmten, vollständig aufrichtig waren. In Genf, fügt die Gazette de Lausanne hinzu, wird allerdings vom Frieden und nicht vom Krieg gesprochen. Und der andere grosse Unterschied wäre noch der, dass in Genf durchaus nicht alle Beteiligten aufrichtig sind.

* * *

Der Sozialist Léon Blum hatte den russischen Abrüstungsvorschlag eine Gasconnade genannt. Die meisten übrigen Charakterisierungen des Vorschlages waren auch nicht viel schmeichelhafter. Es wurde von gewisser Seite stark daran gearbeitet, den Sowjet-Vorschlag gleich bei Beginn der Sitzung für «indiskutabel» zu erklären. Dies erwies sich jedoch nicht ganz einfach. Schliesslich war man doch eine «Abrüstungskommission» und konnte nicht gut verbieten, dass in der Kommission von wirklicher Abrüstung wenigstens gesprochen werde. Der japanische Delegierte, Baron Sato, dem man die heikle Mission zugedacht hatte, den russischen Vorschlag überhaupt nicht zur Diskussion kommen zu lassen, hatte sie denn auch mit dem erwähnten Hinweis abgelehnt. Paul Boncour gab noch vor seiner Abreise den Rat, den russischen Vorschlag in einem speziellen Ausschuss in zarter aber gründlicher Weise zu beerdigen; aber sein Nachfolger Graf Clauzel musste vor dem vereinten Drängen der sowjetrussischen, türkischen und deutschen Delegation die Fahne streichen. Ueber die praktischen Folgen der Diskussion des sowjet-russischen Vorschlags brauchte man sich keine Illusionen zu machen; aber es wird doch ein gewisser mora-

Der neue Vorsitz in der Rohstahlgemeinschaft.

Paris, 22. März (A.A.)

Die durch das plötzliche Ableben des früheren Vorsitzenden Mayrisch freigewordene Präsidentenstelle der internationalen Rohstahlgemeinschaft wird in Hinkunft gleichzeitig vom deutschen und vom französischen Sektionsleiter eingenommen werden.

Todessturz von Touristen.

Wien, 22. März (A.A.)

Es wurden die Leichen der bei einem Stegeinbruch verunglückten 12 Touristen im Sonnblickgebiete geborgen.

Salzburg, 21 März (A.A.)

17 Touristen stürzten infolge Einbruch eines Steges in eine tiefe Wildbachschlucht, 4 konnten gerettet werden, 13 sind spurlos verschwunden.

Um Coolidges Kandidatur.

Berlin, 22. März.

Coolidge liess erneut erklären, dass er nicht mehr als Präsidentschaftskandidat auftreten werde.

Letzte Nachrichten

Massenverhaftungen von Kommunisten in Japan.

Schanghai, 23. März (A.A.)

Die Zahl der in Japan verhafteten Kommunisten ist bedeutend grösser als ursprünglich angenommen wurde. In einer Reihe von Städten wurden neuerdings über 1000 Leute verhaftet und reiches Material an Schriften beschlagnahmt.

Erdbeben in Mexiko.

Berlin, 22. März.

Ein heftiges Erdbeben erschütterte Mexiko-City, Oaxa und Puebla, zahlreiche Feuersbrünste verursachend.

Portugal und die U. S. A.

Berlin, 22. März.

In Washington überreichte Kellog dem portugisischen Gesandten den Entwurf zu einem Schiedsvertrage, ähnlich dem deutschen Botschafter vorgelegten.

Das Unterhaus und die Sozialisten.

Berlin, 22. März.

Das englische Unterhaus nahm einen Antrag der Konservativen an, worin die Bildung einer sozialistischen Regierung als eine Gefahr für das Land erklärt wird.

Edwin Parker Schiedsrichter der Eigentumsrückgabe.

Berlin, 22. März.

Coolidge ernannte Edwin Parker zum Schiedsrichter der Eigentumsrückgabe an die ehemaligen Gegner.

Schnee an der Riviera.

Berlin, 22. März.

Im ganz Oberitalien, einschliesslich der Riviera herrscht Wintertemperatur, bis nach Genua und Savona liegt Schnee.